



Die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Cornelia Rogall-Grothe, auf der 3. Nationalen Inspire-Konferenz in Berlin am 7. Oktober 2014 (Quelle: Behörden Spiegel/Linnertz)

Digitale Geodaten – Katalysator der Wissensgesellschaft

Digitale Geodaten sind ein wesentlicher Treibstoff für Innovation in der modernen Wissensgesellschaft und sollten zum bestmöglichen Nutzen für Deutschland eingesetzt werden.

Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Digitalisierung. Die Digitalisierung bildet eine unverzichtbare Grundlage unserer modernen Wissensgesellschaft. Gleichzeitig bringt sie Herausforderungen mit sich, auf die wir Antworten finden müssen – etwa die Ver-

änderung der Arbeitswelt, die Sicherheit digitaler Daten und der Umgang mit großen Datenmengen (Stichwort „Big Data“).

Die Bundesregierung hat die mit der Digitalisierung einhergehenden Herausforderungen klar erkannt und die „Digitale Agenda“ als Richtschnur verabschiedet.

Die „Digitale Agenda“ wird einen wesentlichen Schwerpunkt der künftigen Regierungsarbeit bilden. Unser Anspruch ist, die sich daraus ergebenden Chancen für unser Land fruchtbar zu machen und einen bewussten Gestaltungsprozess zu initiieren. Das Bundesministerium des In-

nern hat dabei seinen Schwerpunkt im Handlungsfeld „Innovativer Staat“, der für alle föderalen Verwaltungsbereiche natürlich auch das Geoinformationswesen mit einschließt.

Der Wert von Geoinformationen in der digitalen Welt

Geoinformationen sind eine Ressource – nicht so offensichtlich wie Kohle oder Gold, aber dennoch äußerst wertvoll. Das Schöne daran ist: Je öfter man sie teilt, desto wertvoller werden sie. Denn mithilfe von Geoinformationssystemen werden viele Zusammenhänge sichtbar und damit verständlich gemacht. Im Zusammenspiel mit weiteren Informationen ergibt sich ein Mehr an Information, aus dem weiteres Wissen generiert werden kann. Das führt zu einem Mehr an Wachstum in Wirtschaft und Beschäftigung, zu insgesamt mehr Wohlstand und zu einer besseren Verwaltungsarbeit. Geoinformationen helfen uns damit bei der Bewältigung neuer gesellschaftlicher Herausforderungen.

Je mehr Informationen verknüpft werden, umso komplexer sind Analyse und Nutzung. Virtueller Raum und die reale Umwelt werden sich durch die digitalen Geodaten zunehmend verbinden und verschmelzen. Nicht ohne Grund fühlen wir uns ohne unser Smartphone schon fast „unvollständig“. Mit dem mobilen Endgerät haben wir jederzeit die Verbindung mit dem virtuellen Raum – mitsamt dessen Informationsreichtum und dem Ortsbezug.

Dadurch kommt der Validität der Geodaten eine enorme Bedeutung zu. Verlässliche Informationen sind ein klassisches Defizitbedürfnis. Man bemerkt das Bedürfnis danach erst, wenn sie fehlen. Fehlende Datenqualität stört erst dann, wenn es regnet, obwohl eigentlich Sonne angesagt war, oder wenn man mit seinem Auto vor einer Baustelle halten muss, die nicht in der Routenplanung verzeichnet ist.

Die Macht der Karten, die sie durch ihre Perspektive und Raumorientierung vermittelt, gebietet es, Geoinformationen bestmöglich zu schützen. Zu fürchten ist dabei nicht etwa der Datendiebstahl, sondern die Manipulation. Wir brauchen valide Geoinformationen für unsere Sicherheitsbehörden und störungsfreie Routingdienste.

Mit dem rasanten technischen Fortschritt eröffnen sich nicht nur neue Mög-

lichkeiten, sondern auch Missbrauchsrisiken. Hier müssen Technik und Recht sinnvoll zusammenwirken, um einen ausbalancierten digitalen Ordnungsrahmen zu schaffen.

Dabei macht nur eine möglichst weiträumige Regelung Sinn. Daher setzen wir uns mit Nachdruck auf europäischer Ebene für die Beibehaltung der beispielhaft hohen deutschen Datenschutzstandards ein. Gleichzeitig müssen wir an neuen technischen IT-Sicherheitskonzepten und -gesetzen arbeiten, die sensible Daten effektiv vor Missbrauch schützen und uns auf internationaler Ebene einbringen, um der globalen Dimension der Digitalisierung gerecht zu werden.

Die Rolle des Staates

Nicht Aufgabe des Staates kann es sein, Konkurrenzangebote zu Unternehmen zu entwickeln. Das wollen und können wir gar nicht leisten. Der Staat muss vielmehr die Grundlagen schaffen, damit Innovation und Wachstum auf der Basis valider Geoinformationen möglich werden. Gleichzeitig muss er dafür Sorge tragen, dass bestimmte Grundwerte und -rechte aller gewahrt bleiben.

Von staatlicher Seite gehört dazu einerseits, den Zugang zum Rohstoff „Geoinformation“ sicherzustellen. Der Aufbau effizienter Infrastrukturen stellt einen enormen Wettbewerbsvorteil dar. Die Geodateninfrastruktur ist eine von ihnen. Sie macht die Ressource „Geoinformation“ zugänglich und nutzbar und ist deshalb ein unverzichtbarer Garant für unsere moderne Wissensgesellschaft.

Darüber hinaus sollte auch rechtlich der Zugang zur Geoinformation möglichst klar und einfach ausgestaltet werden.

Daher unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich den Open Data Ansatz, d. h. die offene, kostenfreie Zugänglichmachung von Geoinformationen. Die Bundesregierung hat gerade einen Aktionsplan beschlossen, mit denen wir die im vergangenen Jahr unterzeichnete Open-Data-Charta der G 8 umsetzen wollen. Der Bund hat seine Geoinformationen mit dem Geodatenzugangsgesetz schon grundsätzlich offen und zur allgemeinen Weiterverwendung zur Verfügung gestellt. Der Großteil der Länderdaten, und insbesondere der Daten der Kommunen, fehlt bisher dauerhafterweise noch.

Hierzulande gibt es bislang viel zu komplizierte Gebühren- und Nutzungsmodelle, die eine Nutzung der Ressource Geoinformationen erschweren. Das ist kein zukunftsfähiges Konzept. Wir sollten zumindest die größtmögliche Einfachheit der Gebührenmodelle als gemeinsames Ziel festlegen und insbesondere in Schule, Aus- und Fortbildung den Aufbau von Kompetenzen im Umgang mit Geoinformationen stärken. Dies wäre ein erster Schritt, den alle föderalen Ebenen mit uns gemeinsam gehen sollten.

Ausblick

Die mit der Digitalisierung einhergehenden Phänomene werden das Geoinformationswesen vor neue Herausforderungen stellen. Wie kann man z. B. freiwillig über das Mobiltelefon abgegebene Daten der Bürger zur Aktualisierung von Karten nutzen? Welchen Beitrag kann die Wirtschaft leisten und wie kann man neue Technologien, wie etwa die satellitengestützte Fernerkundungstechnik, für die Vermessung nutzbar machen? Wichtig bei der Beantwortung all dieser Fragen ist Offenheit, Fortschrittswille und Kooperation aller Beteiligten. Ich bin der festen Überzeugung, dass es hier nicht helfen wird, die Augen vor den aufkommenden Neuerungen zu verschließen. Es wird auch nichts nützen, die aufkommenden Neuerungen zu blockieren. Das einzige, was ein tragfähiges Zukunftskonzept darstellt, ist das verständige Miteinander von Verwaltung, Bürgern, Wirtschaft und Wissenschaft, um die Potenziale unserer Daten besser auszuschöpfen – zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger.

Autorin:

Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe
Bundesministerium des Innern
www.bmi.bund.de